

# Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag, Vierteljährlicher  
Abonnementpreis: durch die Post bezogen  
1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. —  
Alle Postanstalten für Berlin alle Zeitungs-  
Expeditoren, nehmen Bestellungen an. —  
Inlerate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf.,  
Sonstigenang. 15 Pf., Vereinsangelegen-  
10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion  
u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22.  
Sernspracher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
von  
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.  
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder  
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche  
franco an den Verbandsdirektor Rudolf  
Rein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, ein-  
zuweisen sind. Für Mitglieder 55 Pf. pro  
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement  
seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exempl.  
Sernspracher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 8.

Berlin, 24. Februar 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Ein Organisator der Niederlagen. — Die deutschen Frauen und die Sozialpolitik. — Zur Freien Arbeiterpresse! — Beschluß der Gesellschaft für Soziale Reform zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier. — Wohnungswesen. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeitl.

### Δ Ein Organisator der Niederlagen.

Zu einem erfolgreichen Kriege gehören drei ganz unerläßliche Dinge. Muthige Soldaten, kluge Führer und reichlich viel Geld. Wo es auch nur an einem dieser drei Dinge fehlt, muß der Krieg verloren gehen. Die muthigsten Soldaten opfern ihr Blut umsonst, wenn ihr Führer eine unglückliche Hand hat, das Schlachtfeld nicht klar überseht und die Operationen des Feindes nicht mit weitschauendem Blick so frühzeitig erkennt, daß ihnen zuvorzukommen noch möglich ist. Ein kluger und vorsichtiger Feldherr kann mit einer kleinen Armee seinen dreimal stärkeren Feind besiegen, wenn er dessen Schwächen mit Geschick auszunutzen versteht. Wenn der Führer einer großen Armee einem numerisch schwächeren Gegner unterliegt, dann darf man dafür nicht die Soldaten verantwortlich machen. So hat auch der bewundernswürdige Muth der russischen Truppen den Sieg nicht an ihre Fahnen besten können, weil Kuropatkin eben kein Feldherr ist.

Solche Kuropatkins giebt es auch in der Arbeiterbewegung! Das zeigt sich mit aller Deutlichkeit bei dem nun nach 22wöchentlicher Dauer zu Ende gegangenen Kampf in der Berliner Gelbmetallindustrie. Der Oberbefehlshaber in diesem Kriege hat sich nun zum wiederholten Male als ein Organisator der Niederlagen betätigt. Abgesehen von kleineren Gefechten kommt hierbei insbesondere in Betracht die Niederlage von 1903. Vielleicht wollte der Besiegte in dem am 21. September begonnenen neuen Kampf in der Gelbmetallindustrie jene Niederlage durch einen glänzenden Sieg wieder ausgleichen, um sein Feldherrntalent nachzuweisen. Die Truppen waren noch müde von den Strapazen des vorher gegangenen schweren Kampfes. Aus ihnen heraus wäre der Wunsch nach einem neuen Krieg auch wohl nicht gekommen. Das Solidaritätsgefühl war ihnen aber heilig genug, um auf den Befehl von oben zu hören und von Neuem in den Kampf zu ziehen. Gar bald aber zeigte sich, daß auch dieser Kampf wieder verloren gehen mußte. Bis 4 Wochen vor Weihnachten durften die Truppen und ihr Führer noch auf einen Erfolg rechnen, dann aber kam die Zeit, wo die Gefechtsituation sich günstiger gestaltete für den anderen Theil. Vielleicht gar zu gern hätte der Feldherr nun den Kampf abgebrochen, wenn ihm dazu nicht der nöthige Muth gefehlt hätte. Hatte er doch vorher großsprecherisch gesagt: Wir halten es einen Tag länger aus als die Unternehmer! Diesen Muth mochte er im Stillen von der Hilfstruppe im Kampfe, von den Gewerksvereinen, erwartet haben. Diese waren aber nicht so dumm, das Zeichen für die rechtzeitige Aufhebung des Kampfes zu geben, denn es wäre ihnen schlecht gelohnt worden. Wer das größte Heer führt, muß auch die Verantwortung tragen! Fehlt ihm dazu die Energie, dann ist er eben ungeeignet, die führende und verantwortliche Stelle im Kampfe zu bekleiden und dazu ist Jeder ungeeignet, der sich zum Führer eines Klassenkampfes aufwirft. Der Klassenkampf giebt der Arbeiterbewegung von vornherein einen unverwundlichen Charakter. In dem berechtigten Kampf um bessere Arbeitsbedingungen mischt sich dann der verbitternde Kampf um

die politische Existenz. Die englischen Gewerksvereine halten sich die Propagandemacher des Klassenkampfes zehn Schritt vom Leibe und sichern sich so auch die Sympathie der an dem Kampf direkt unbetheiligten Bevölkerungskreise. Auch die deutschen Bergarbeiter waren klug genug, die „Nebenregierung“ von sich zu weisen und nur dadurch gewannen sie die Sympathie der gesammten übrigen Bevölkerung und konnten nach kurzem Kampf wenigstens einen großen moralischen Sieg und den praktischen Erfolg erringen, daß ihnen die Gesetzgebung zu Hilfe kommt. Der Klassenkampf ist ein Krieg um die Herrschaft. In Kriegen dieser Art entscheidet dann allein die Macht. Im Kampfe um die Macht siegt der Stärkere. Dreht sich der Streit um Lohnverbesserungen, so ist das Objekt für diplomatische Verhandlungen gegeben. Dann kommt es in der Hauptsache auf das Maß des diplomatischen Geschicks an, auf welche Seite der größere Erfolg fällt. Unfähige Führer sind aber auch schlechte Diplomaten. Wie die Truppen das Ungeschick ihrer Feldherren büßen müssen, so müssen die Soldaten der Arbeit die schweren Opfer eines langen Kampfes zwecklos bringen, wenn ihr Führer keine anderen Talente besitzt, wie ein Agitator von untergeordneter Bedeutung. Das aber ist den politisch-radikalsten Arbeitern zum Vorwurf zu machen, daß sie meist Leute zu ihren Führern erwählen, die wüthende Fanatiker sind und weiter nichts verstehen, als polternde Reden zu halten.

Führer dieser Art haben am Ende nicht den Muth, sich für besiegte zu erklären und damit dem Kampfe ein Ende zu bereiten. Einem Ende mit Schrecken zieht man in feiger Energielosigkeit den Schrecken ohne Ende vor. Geht auch das nicht mehr, dann sucht der Held sich selbst ins Trockene zu bringen und legt die Verantwortung für den Rückzug auf die Schultern der Unteroffiziere, und so mußten hier die Vertrauensleute der Werkstätten den Vorschlag machen, den Kampf aufzugeben.

„Die Vertrauensleute der Streikenden und Ausgesperrten machen nach eingehender Prüfung der Sachlage den Vorschlag, den Streik im Allgemeinen aufzuheben. In den Betrieben, wo noch besondere Schwierigkeiten bestehen, bleibt die Regelung den im Betriebe beschäftigten Kollegen überlassen.“

Mit 982 gegen 545 Stimmen wurde diese Resolution angenommen.

Der durch den ebenso end- wie leider auch zwecklosen Kampf angerichtete Schaden wird für nichts erachtet, die Arbeiter haben sich umsonst opfern müssen. Der Organisator der Niederlagen aber ist gleich wieder der Held, nachdem die Unteroffiziere die Verantwortung auf sich genommen für die Beendigung des Krieges. In dem kurzen und nüchternen Entreskilet, womit im „Vorwärts“ der Streik in der Gelbmetallindustrie für beendet erklärt wird, läßt sich der Held am Schluß seinen ruhmvollen Muth wie folgt bescheinigen:

In seinem Schlusswort würdigte der Verbandsvorsammlungsleiter E. G. H. einbringlich die Bedeutung dieses gewaltigen Kampfes, der, wenn auch diesmal wieder mißlungen, die Arbeiter dennoch keineswegs entmuthigt habe. Seine Ausführungen schloß er mit den Worten: Dieser Theil des Kampfes ist vorüber — es lebe der Kampf!

Nicht entmuthigt, aber klüger gemacht! Die Berliner Arbeiter werden sich eine so unfähige Führung nicht zum dritten Male gefallen lassen. Mit diesem Kuropatkin ziehen sie nicht noch einmal ins Feld.

Das zeigte sich schon in der Versammlung, welche die Aufhebung des Kampfes gegen eine so erhebliche Widertheit beschloß. Und was sich da noch zeigte, das unterschlägt der „Vorwärts“ in

seinem Bericht. Der „kühne Führer“ ließ keineswegs bloß den Kampf „hochleben“, er brachte auch dem Metallarbeiterverband ein Hoch, in das aber nur etwa ein Viertel der Anwesenden einstimmt. Die Mehrheit protestierte gegen dieses Hoch in scharfer Weise.

Armer Kuropatkin! — Die Gewervereiner blieben während des Kampfes vollkommen intakt. Für die Führung hatten sie, als die Minderheit, keine Verantwortung. Allen ihren Verpflichtungen kamen sie pünktlich nach.

Und so wird die Arbeiterschaft auch aus diesem Kampfe lernen, daß sie den Frieden grundsätzlich wollen, aber zu schlagen wissen muß wie die Gewervereiner, wenn die Hand des Friedens zurückgewiesen wird.

Der grundsätzliche Klassenkampf aber provoziert die Niederlagen! So war es in Iserlohn, so in Crimmitschau und in zahlreichen anderen Fällen.

Wer ein hohes Lehrgeld zahlt, wird auch ein tüchtiger Meister werden. Wieviel Lehrgeld will die Arbeiterschaft noch zahlen?

Und die Unternehmer? Ihr Sieg war ein vollständiger, aber werden sie darum glücklich sein? Unmöglich!

Die in der ganzen Welt hochangesehene Berliner Gelbmetallindustrie ist in dem langen Kampfe zum Nachteil der Unternehmer wie der Arbeiter ungeheuer geschädigt worden. Schwere Opfer an Geld und Kraft müssen von den Unternehmern gebracht werden, um den Schaden wieder zu reparieren, was in manchen Fällen vielleicht erst nach Jahren möglich ist.

Zweieundzwanzig Wochen lang bemühen sich zwei auf einander angewiesene Produktionsfaktoren möglichst viel Werthe zu vernichten! Wo ist da noch Vernunft? Sollte es wirklich so rein unmöglich sein, das einzusehen und den Punkt zu finden, auf dem beide Theile sich zusammenfinden können?

**Δ Ein Nachwort zum Generalstreik der Bergarbeiter.**

Die musterhafte Einigkeit der Bergarbeiter im Ruhrgebiet hat Bewunderung gefunden in der ganzen Welt. Die bürgerliche Presse unterstützte diese Einigkeit durch die den Bergarbeitern entgegengebrachte Sympathie. Nur die extreme politische Presse ist darüber sehr unzufrieden. Konservativblätter vom Schlage der „Post“ beklagten die bürgerlichen Parteien, die sich durch die „Rothen“ hätten dupiren lassen. Und nun der Streik beendet ist, thut die „Post“ so gar so, als ob die bürgerlichen Kreise sich ihrer Sympathien für die Streikenden bereits schämen. Das ist natürlich vollkommen falsch; gewisse nationalliberale Zeitungen waren schon von Anfang an gegen die Bergarbeiter. Auf diese kann sich also die „Post“ nicht stützen, wenn sie glaubt von einem Umschwung in der Beurtheilung des Streiks sprechen zu können. Nach der „Post“ war der Streik natürlich nichts wie eine „sozialdemokratische Masche“. In einem Aufsatze über den „Streik im Ruhrgebiet und die Sozialdemokratie“ sucht das Blatt die arbeiterfreundlichen bürgerlichen Parteien gruselig zu machen, vor den schrecklichen Dingen, die nun kommen sollen.

Man muß sie gesehen haben, diese Leute mit den breitkrämpigen Hüten und dem verblissenen Blick, um zu wissen, wessen wir uns zu versehen haben, wenn der große Kladderadatsch eintreten sollte. Da wird es Bebel so wenig wie jedem andern Führer gelingen, das große Erbe der Befähigten ohne Ströme von Blut antreten zu können.

Wer so etwas liest, den muß eine Gänsehaut überlaufen. Ganz besonders ängstigt uns der breitkrämpige Hut!

Um die öffentliche Meinung mit ihrer Sympathie für die Bergarbeiter ins Unrecht zu setzen, beruft sich die „Post“ auf die sozialdemokratische Presse, welche den Streik als eine „sozialistische Propaganda der That“ hingestellt habe, und damit die Geldmittel nicht mehr weiter fließen zur Unterstützung der Bergarbeiter, läßt die „Post“ die Frauen der Bergarbeiter mit Brodfrüden um sich werfen. So leben die Bergarbeiter in Ueberfluß, daß sie durch ihre Frauen die arbeitswilligen Verleute mit Brodfrüden bewerfen können! Diese Behauptung geht noch über die Schnur des breitkrämpigen Hutes. Wo das Werfen mit Brod stattgefunden hat, das weiß die „Post“ natürlich nicht zu sagen. Wir würden unrecht handeln an unseren Lesern, wenn wir ihnen den Schluß des Postartikels vorenthalten wollten. Also:

„Heute giebt man sich keine Mühe mehr, die Kennzeichnung des Streiks als einer sozialistischen Propaganda der That zu widerlegen. Die rothe Presse brüsst sich vielmehr mit dieser Thatsache und nennt auch das Ziel der Bewegung: Verbeugung und Stimmenfang. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man auch die Frauen aufgeheult. Sie schimpfen in großen Versammlungen auf die Ausbeuter, die Trinkgelber statt Löhne zahlen. Diesen Mittern entspricht der Nachwuchs! Man mache doch nicht soviel Aufhebens von der Schule als einer Einrichtung, die mit in erster Linie dazu geeignet ist, den Sozialismus zu bekämpfen. In Jubelstößen können sie das ganz und gar nicht. Die Verbeugung im Elternhause ist dreimal wirksamer als alle Belehrungen der Schule. Das Geflüpp erstickt die aufkeimende Saat so grünlich, als wäre sie nie gelegt worden. Wir war es ein unvergeßliches Bild, das Scharen von Schulkindern boten, die für hingeworfenes Kupfer-

geld die Arbeitswilligen und die Beamten mit wahren Salven von Pfund begrüßten, während die Frauen mit Brodfrüden nach vorübergehenden Vergleuten warfen. Will man ein Vergessegen machen, so vergesse man nicht, durch dasselbe auch den Schuß Arbeitswilliger besser als bisher zu garantiren!“

Auf der andern Seite that allerdings ein Theil der sozialdemokratischen Presse so, als ob der Bergarbeiterstreik keine weiteren Aufgaben haben dürfte, als der Sozialdemokratie die Parteigeschäfte zu besorgen. Darin haben sich namentlich die sozialdemokratische „Dortmunder Arbeiterzeitung“, die „Leipziger Volkszeitung“, die „Magdeburger Volksstimme“ und Blätter ähnlichen Schlages hervorgethan.

Als nämlich die Siebener-Kommission den Streik für eine rein bergmännische Angelegenheit erklärte und die „Rebenregierung“ von sich abwandte, da spuckten die genannten Blätter Gift und Galle und stimmten Indianergeheul darüber an, daß sie in der für die sozialistische Propaganda so günstigen Zeit des Streiks die Hände in den Schooß legen sollten, statt gerade jetzt für die allein seeligmachende Partei der Sozialdemokraten zu agitiren. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ hat auch schon vor dem Streik die Bergarbeiter im Dortmunder Revier derart verhetzt, daß hier die Arbeit niedergelegt wurde direkt gegen den ausdrücklichen Willen der Bergarbeiterorganisationen. Diese Zeitung hat auch nach dem Beschluß der Siebener-Kommission auf Aufhebung des Streiks die Bergarbeiter zum Theil so verhetzt, daß dem sozialdemokratischen Abg. Nachse, der zum Frieden mahnte, ins Gesicht gespuht wurde. Nach der Friedensproklamation schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ mit nur künstlich unterdrücktem Spott, daß der Generalstreik „programmatisch“ aufgehoben worden sei und fuhr dann fort:

„Bisher ist in den meisten Versammlungen der Beschluß gefaßt worden, nicht wieder anzujahren. In der Regel wurden die Redner, die für Beachtung der Konferenzbeschlüsse sprechen wollten, gar nicht angehört. Das äußere Bild hat sich vollständig verkehrt. War bisher eine fast unheimliche Ruhe die Signatur des Kampfes, so ist es jetzt furchtbare Erregung und Empörung, die äußerlich die Tiefe der Bewegung, der Gemüthsverfassung, widerspiegelt. Immer wieder hört man die Ausrufe: Es wird weiter gestreikt! Andere Delegirten wählen! Wir wollen eine neue Siebener-Kommission! Im Central-Streikbureau sah man Leute vor Zorn weinen; alte Gewerkschaftler zerrissen ihre Verbandsbücher. Effert und Schafe mußten polizeilich geschützt werden, so aufgebracht war die Menge. Mit einer gewissen Schadenfreude vermehren bürgerliche Blätter, daß Genosse Nachse Mitglied seiner eigenen Organisation habe verhaften lassen müssen. Das ist natürlich gar nicht die Noth des Genossen Nachse gewesen. So erklärlich die Erregung der Ausständigen, so erklärlich muß man aber auch die feilsche Verfassung des Genossen Nachse finden, als ihm die Ausrufe entgegenkamen: Verräther! Du hast uns verkauft! Er machte dann eine Bemerkung zu einem Beamten, die dieser als Aufforderung zur Verhaftung aufnahm. Der Mann ist übrigens an demselben Abend noch wieder entlassen worden.“

Ganz nach der Art der Heuchler, thut das Blatt so, als ob es den „Genossen Nachse“ in Schutz nehmen wolle, während es in Wirklichkeit nur die Absicht hatte, ihn bloß zu stellen, weil er muthig genug war, für den Frieden einzutreten. Es ist also allein das Wert dieser sozialdemokratischen Presse, wenn eine gewisse Verwirrung und Unordnung bei Aufhebung des Streiks entstand, und ihrer Hezerei ist es zu danken, daß Nachse ein „Verräther“ genannt werden konnte. Die „Verwirrung“ ist hervorgerufen worden durch die in sozialdemokratischen Reihen zu suchenden Fälscher, gegen welche sich ein Anruf der Siebener-Kommission richten mußte, um die Bergarbeiter zu beruhigen. Wir zweifeln auch keinen Augenblick daran, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Siebener-Kommission genau wußten, wer hinter den „unbekannten Leuten“ zu suchen ist. Waren es doch, wie wir mit dem Citat aus der „Leipziger Volkszeitung“ bewiesen haben, sozialdemokratische Blätter, welche in die Welt hinausposaunten, es werde weiter gestreikt. Doch hören wir, wie die Siebener-Kommission die sozialdemokratischen Fälscher beurtheilt:

„Noch schlimmer ist, daß in einigen Versammlungen bestimmte Personen aufgetreten sind und gesagt haben, es sei „Verrath“ geübt worden, die Siebener-Kommission habe sich „bedenken“ lassen! Pfui, über solche elende Verleumderei Kameraden, verlaßt Euch darauf, unser Schluß ist blank! Wir können Eudem offen und ehrlich ins Gesicht sehen und nennen Denjenigen einen elenden Verleumder, der uns auch nur die geringste Unehrlichkeit nachsagt. Wir sind arme Proletarier wie ihr, unser einziger Reichthum ist unsere Ehre! Kein Mensch ist so reich, kein Werksbesitzer hat so viel Geld, als daß er uns „kaufen“ kann. Ehrlich und gewissenhaft hat die Siebener-Kommission die Kameradschaft vertreten, nach bestem Können haben wir gehandelt, kein unrechtes Gut klebt an unseren Fingern. Kameraden, wir haben aber auch nicht eigenmächtig gehandelt. Vorher haben die Verhandlungsleitungen Rücksprache mit den alten, bewährten Vertrauensleuten genommen und sie um ihren Rath gefragt. Die Siebener-Kommission hat offen und ehrlich den Vertrauensleuten gesagt, wie die Sache stände. Weil die Streikermasse zum großen Theil bitterlich arm ist, weil deshalb schon frühzeitig Unterstützung gezahlt werden mußte, und weil die nöthigen ungeheuren Summen nicht aufgebracht werden können, hat die Siebener-Kommission den Vorschlag gemacht, jetzt den Kampf abzubringen. Diesen Vorschlag hat die Revierkonferenz stundenlang debattirt. Die ebenfalls eingeladenen Vertreter der Generalgewerkschaften haben sich einmüthig für Abbruch des Kampfes ausgesprochen! Alles ist hin und her erwogen worden, aber kein Redner wußte zu sagen, wo das Geld herkommen solle, welches die 200 000 Streikenden bräuchten. Wenn auch einige Reviere im Orte auf Unterstützung verzichteten, die große Mehrzahl verlangte aber Geld! Woher nehmen! Hätte Jemand für die Beschaffung der nöthigen Gelder garantiren



## Die deutschen Frauen und die Sozialpolitik.

(Schluß.)

Der Reichstag ist in seiner Mehrheit wohl geneigt, dem zehnstündigen Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen zuzustimmen. Die Sozialdemokraten gehen darüber natürlich hinaus und fordern den achtfündigen Arbeitstag für Alle und für alle Berufe. Das hat aber nur einen agitatorischen Werth, praktisch kommt ein solcher gesetzlicher Arbeitstag zunächst nur für die Bergarbeiter in Betracht. Die Freisinnigen erklärten die Frage des zehnstündigen Maximalarbeitstages für Frauen als längst spruchreif und die Polen sehen darin das Minimum des Nothwendigen. Nur die Nationalliberalen lehnten ihn als einen Eingriff in die persönliche Freiheit und als eine schwere Schädigung des Erwerbslebens ab. Der stürmische Beifall rechts zeigte, daß die Konservativen ebenso dachten. Außerdem wurde dies auch von konservativer Seite noch ausdrücklich erklärt. Mindestens hielt man dort noch umfangreiche Erhebungen für nothwendig. Centrum, Sozialdemokraten, Volkspartei, Freisinnige und Polen bilden aber die Mehrheit und so ist das Gesetz im Reichstage sicher, sobald nur auch die Reichsregierung mit ihren ersten Erwägungen Ende kommen kann. Der 10stündige Maximalarbeitstag, wenn zweckmäßig und streng durchgeführt, schließt die weibliche Nacht- und Ueberarbeit aus, deren schwere Schädlichkeit für die Arbeiterinnen selbst und für ihre Familien besonders Dr. Max Hirsch in seinen Schriften für die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (1900—1902) eingehend nachgewiesen hat. Er und andere haben durch Thatfachen dargethan, daß, zumal die Ausnahmestimmungen zu Gunsten der weiblichen Ueberarbeit das Familienleben und vor Allem die Kinderpflege zerrütten, ohne auch nur nennenswerthe wirtschaftliche Vortheile zu bieten!

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die wichtigste sozialpolitische Forderung. Daneben aber und mit gleicher Energie muß gefordert werden, eine Aenderung der Vereingesezgebung, die es heute noch den Frauen verbietet, an „politischen“ Vereinen und ihren Versammlungen theilzunehmen. Da die Gerichte aber vielfach auch die Sozialpolitik, mit welcher sich ganz selbstverständlich die Berufsvereine der Arbeiter und der Arbeiterinnen beschäftigen müssen, für diejenige Politik halten, die für die Frauen ein *noli me tangere* (Wünschen rühr' mich an) sein soll, so ist daraus ein absolut unhaltbarer Zustand entstanden. Wurde doch einer Dame verboten, auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik ein Referat zu halten, obgleich ein ehemals preussischer Minister, Freiherr v. Berlepsch, den Vorsitz in jener Versammlung führte. Mag man das politische Wahlrecht nach wie vor auf die Männer beschränken, das Recht darf aber der Frau nicht länger vorbehalten werden, ihre Ansichten zu äußern über diejenigen Gesetze, die sie selbst und ihre Interessen als Arbeiterin berühren. Für und gegen derartige Gesetze, muß die Frau auch agitieren und mitarbeiten können in den Vereinen, gleichviel ob diese einen wirklich politischen oder nur einen angeblich politischen Charakter tragen. In Aussicht gestellt ist auch ein solches Gesetz in Preußen, wann es aber kommen wird, ist noch nicht zu ersehen.

Das Wahlrecht muß den Arbeiterinnen und Gehilfinnen eingeräumt werden zu allen sozialpolitischen Institutionen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. An dieser Forderung wollte die Reichsregierung z. B. die Kaufmannsgerichte scheitern lassen. Mächtiger aber, als die mächtigste Regierung ist die unaufhaltsame Entwicklung und so muß die Zeit kommen, wo der Frau die Gleichberechtigung auch auf diesen Gebieten nicht länger vorenthalten werden kann. An uns selbst liegt es, diesen Entwicklungsprozeß möglichst abzukürzen.

Die Beschäftigung so zahlreicher Arbeiterinnen in Fabriken und anderen gewerblichen Betrieben hat es längst nothwendig gemacht, daß die Arbeiterinnen theilhaftig werden an den Arbeiteraus-schüssen und daß den Fabrikinspektoren Assistentinnen beigegeben werden. Für letztere Forderung trat noch am letzten Sonnabend unser Verbandsanwalt im Abgeordnetenhaus ein. Schätzerne Versuche sind in den einzelnen Staaten damit gemacht worden, aber zu einem energischen Schritt hat sich bisher noch keine deutsche Regierung aufschwingen können. Es muß aber gefordert werden, daß im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen auch Assistentinnen in der Fabrikinspektion angestellt werden.

So möchte ich unsere sozialpolitische Forderungen zum Schutze der Arbeiterinnen in der Fabrik- und in der Hausindustrie auf das vorläufig Nothwendigste beschränkt wissen. Nur eine Frage bedarf noch der Erörterung, es ist die Frage der allgemeinen und hauswirtschaftlichen Fortbildung. Für Handlungsgehilfinnen kommt noch die Frage der kaufmännischen Fortbildung in besonderen Fortbildungsschulen hinzu. Wie nun fast in allen größeren und mittleren Städten ein Fortbildungsschulzwang für Lehrlinge und junge Arbeiter eingeführt worden ist, und das Streben dahin geht, für diesen Unterricht die Tagesstunden in Anspruch zu nehmen, so muß auch für die Fortbildung der Arbeiterinnen energisch gesorgt werden. Den hauswirtschaftlichen Unterricht halte ich für unerlässlich. Die junge Arbeiterin muß Gelegenheit finden und auch nehmen, sich vorzubereiten auf ihren sittlich höchsten Beruf als Frau und Mutter. Durch das Gesetz müssen die Unternehmer angehalten werden, es denen nachzutun, die

können, die Siebener-Kommission hätte sofort den Antrag gestellt, weiter zu streifen. So liegen die Dinge. Von bisher noch unbekanntem Seiten sind eine Reihe Fälschungen verübt worden. Telegramme mit der Unterschrift: „Die Siebener-Kommission“ sind verschickt worden in die Revieren, um die Einigkeit zu stiften! Flugblätter sind vertheilt, laut welchen die „Siebener-Kommission“ abgesetzt sei oder das „Weiterstreifen“ beschlossen hätte. Durch Telephon sind den Streikbureaus Lügennachrichten aus anderen Bezirken zugerufen worden, nur um Unruhe und Uneinigkeit zu stiften! Kameraden, daraus erseht Ihr, daß Fälscher am Werke sind, um die bisherige glänzende Einigkeit zu zerstören. Diese Fälscher handeln nur für die Zehnpfenniker. Sollen wir uns das ruhig gefallen lassen? Nein, Kameraden, wir fordern Euch auf, diese Fälscher und Zehnpfenniker zu entlarven! Man läßt Euch vor, die Mehrheit der Belegschaften sei am weiterstreifen. Das ist nicht wahr! In den großen Revieren sind die großen Belegschaften fast vollständig eingefahren, oder werden in den nächsten Tagen eingefahren, sobald die Betriebe wieder in Ordnung sind. Haltet straffe Disziplin. Gerade jetzt muß von allen Vertrauensleuten gezeigt werden, daß sie sich nicht von Schreier und Schwärzern leiten lassen. Kameraden, wir fordern Euch nun auf, Disziplin und Ruhe zu bewahren. Die Organisationen haben viele Tausende von Mitgliedern gewonnen, auch das ist ein Erfolg des Streiks. Sorgt dafür, daß wir besser gerüstet werden, um den neuen Kampf, wenn er nöthig ist, mit starken Organisationen und gefüllten Kriegskassen aufnehmen zu können. Wenn das gethan wird, dann sorgen wir für das Wohl des Bergmanns am allerbesten. Darum heißt nun die Parole: Kaltes Blut! Ruhe anhalten! Hört nicht auf die Schreier, weil die Euch gar nichts bieten können! Treu zur Organisation und dann ist der Sieg dennoch unser!

Die sozialdemokratische Presse versucht nun natürlich auch in der Bergarbeiterfrage den Eindruck zu verwirklichen, den die thatkräftige Hilfe des Bürgerthums in derselben hervorgerufen hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ überschreibt einen ihrer Artikel mit dem Stichwort „Die Niederlage im Ruhreviertel“ und nennt darin die gesammte bürgerliche Presse kurzer Hand die „kapitalistische“ Presse, die bis dahin dem Streik Beifall geklatscht habe, um jetzt der Beendigung des Streiks in gleicher Weise Beifall zu jollen. Die von bürgerlichen Arbeiterfreunden gewährten Geldmittel für die Streikenden werden als „Helfersummen“ bezeichnet. Befanulich hat aber auch der „Vorwärts“ den Abbruch des Streiks für einen „Akt der Klugheit“ erklärt. Etwas anderes haben auch die bürgerlichen arbeiterfreundlichen Blätter nicht gethan. Das hilft ihnen aber nichts, nach sozialdemokratischem Rezept müssen die Arbeiter gegen das Bürgerthum immer von Neuem aufgesetzt werden, mag es sich auch noch so arbeiterfreundlich zeigen. Das ist ein Unglück für die Arbeiterfrage. Solche Gerüchten geben nur den reaktionären Blättern, wie wir an der Hand der „Post“ gezeigt haben, den Stoff zu Angriffen auf die Arbeiterfrage. Und dann hat die Verhöhnung der Arbeiter gegen das Bürgerthum auch noch die Wirkung, daß immer mehr sonst ganz einsichtsvolle Elemente in das reaktionäre Lager gedrängt werden. So will es auch die sozialdemokratische Partei haben, denn sie jubelt schon jetzt, „daß die Verbitterung der Arbeiter sich immer tiefer fresse und ihre Blicke geklärt würden über ihre wahren und falschen Freunde“. Der lachende Erde sei die Sozialdemokratie.

Die Fälscher haben ihren Zweck natürlich nicht erreicht. Wie bekannt, wurde innerhalb 3 Tagen der offiziellen Streikauflösung im ganzen Ruhrgebiet Folge gegeben. Immerhin ist es bezeichnend, daß Sachse sich gezwungen gesehen hat, den sozialdemokratischen Fälschern von Depeschen und Flugblättern im „Vorwärts“ entgegenzutreten. Sachse nennt diese Leute unverantwortliche Schreier und trifft damit den Nagel auf den Kopf. Aus der Rechtfertigung im „Vorwärts“ geht eben auch hervor, daß Sachse nicht mehr im Unklaren darüber ist, daß die Depeschen- und Flugblattfälscher, denen die Einigkeit der Bergarbeiter ein Grenz war, Sozialdemokraten sind. Diese Leute konnten nicht geschickter handeln, wenn sie von den Unternehmern für ihre Hezarbeit bezahlt würden. Jeder Streik muß ein Geschäft für die Sozialdemokratie sein, sonst ist er für jene unverantwortlichen Schreier eine zwecklose Kraftvergeudung.

Obgleich die Einigkeit der Bergarbeiter nur herzustellen war und aufrecht erhalten werden konnte dadurch, daß keine Organisation den Streik für sich allein auszunutzen versuchte, sondern alle Organisationsführer zum Eintritt in eine der bestehenden Organisationen aufzufordern mußten, so konnte dies natürlich den Beifall der sozialdemokratischen Hespresse doch nicht finden. Der „Vorwärts“ muß aber anerkennen, daß in den von den vier Verbänden gemeinsam veranstalteten Versammlungen gar nicht anders verfahren werden konnte. Aber er sucht die Ungestümen gleich zu trösten mit dem Hinweis, daß sich bald zeigen werde, welche Organisation durch den Streik die meisten Mitglieder gewonnen habe. Dies werde doch der alte Verband sein!

Wir haben die Hezerei von links und rechts hier charakterisirt, weil sie für unsere Mitglieder und die einsichtigen Bergarbeiter den schlagendsten Beweis dafür bringt, daß die Arbeiterschaft eine bodenlose Unklugheit begeht, wenn sie ihre berechtigten Bestrebungen mit der Sozialdemokratie verknüpft. Die Sozialdemokratie will keinen Frieden unter der Arbeiterschaft, ihr Geschäft ist die Hezerei, auf die sich dann zum Schaden der Arbeiterfrage die reaktionäre Presse berufen kann.

in Erwägung,

daß bei der Ablehnung von Verhandlungen seitens der Vertreter der Rechen nur der schleunige Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen zur Regelung der Arbeitsbedingungen, welche im Wesentlichen den Forderungen der Bergarbeiter Rechnung tragen, zur Beendigung des Ausstandes führen kann,

begrüßt die Gesellschaft für Soziale Reform die Absicht der Königlich Preussischen Staatsregierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf in kürzester Frist dem Landtage vorzulegen, weil ihre Initiative am schnellsten zu dem gewollten Ziele führen kann. Verfügt würde der Eindruck eines solchen Verfahrens dadurch werden, daß die in Aussicht genommenen Reformen sofort nach vorhergehender Verhandlung mit der Siebener-Kommission der Bergleute und mit Vertretern der Belegschaften auf den fiskalischen Gruben eingeführt würden. Dabei betont die Gesellschaft für Soziale Reform, daß sie an sich die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bergwerken durch die Reichsgesetzgebung wünscht und daß verfassungsmäßige Bedenken gegen diesen Weg nicht vorliegen. Derselben Gründe, welche das Reich dazu geführt haben, die Arbeiterkutschbestimmungen für die sonstigen Arbeiter durch seine Gesetzgebung einheitlich zu treffen und einen Teil derselben auf die Bergwerke auszudehnen, sprechen auch dafür, das ganze Bergarbeiterverhältnis durch das Reich zu regeln. Die Gesellschaft für Soziale Reform erwartet deshalb, daß das für den Augenblick in Aussicht genommene preussische Gesetz nur einen Schritt bedeutet auf dem Wege zu einer umfassenden Bergarbeitergesetzgebung durch das Reich.

Der Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform.

# Wochenchau.

Berlin, 21. Februar 1905.

Der Gesetzentwurf gegen die Stilllegung der Ruhrzechen ist am Freitag letzter Woche im Abgeordnetenhaus zur Verheilung gekommen; er verpflichtet die Bergwerkseigentümer, das Bergwerk zu betreiben, so lange der Betrieb Gewinn verspricht und der Unterlassung oder der gänzlichen oder theilweisen Einstellung des Betriebes überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen. Das Oberbergamt kann das Verfahren auf Entziehung des Bergwerkseigentums einleiten und daneben den Bergwerkseigentümer verpflichten, sich auf seine Kosten den Zwangsbetrieb des Bergwerks gefallen zu lassen. Einem etwaigen Widerstande gegenüber kann der Revierbeamte wie der Bergwerksverwalter die Unterstützung der polizeilichen Vollzugsorgane nachsuchen. Der Revierbeamte ist bei Widerstand auch zur Anwendung von Gewalt befugt. Der Bergwerkseigentümer wie der dinglich Berechtigte können die Zwangsversteigerung der betreffenden Zeche beantragen. Wird die Zwangsversteigerung nicht beantragt, oder führt sie nicht zu der Veräußerung des Bergwerks, so spricht das Oberbergamt durch einen Beschluß die Aufhebung des Bergwerkseigentums aus. Mit dieser Aufhebung erlöschen alle Ansprüche an das Bergwerk, von welcher Art sie auch sein mögen.

Der Gesetzentwurf richtet sich in der Hauptsache gegen das Syndikat, welches auch solche Zechen stilllegen bestrebt war, die noch mit Gewinn betrieben werden können. Der Gesetzentwurf wird in umfassender und wirksamer Weise begründet. Soweit wir die Dinge in diesem Augenblick zu übersehen vermögen, ist die Annahme des Entwurfs im Abgeordnetenhaus gesichert.

„Kurz darauf“ soll nun auch die Berggesetznovelle zur Regelung der „wesentlichsten Beschwerden“ der Bergarbeiter kommen. Es wird sich bald zeigen müssen, eine wie lange Zeit das „Kurz darauf“ zu bedeuten hat.

Die hartförmigen Kohlenbarone, die während des Ausstandes nicht zu bewegen waren, den Arbeitern auch nur einen Schritt entgegenzukommen, machen jetzt wenigstens einen kleinen Versuch, den schlechten Eindruck zu verwischen, den ihr brutales Verhalten hervorgerufen hat. Der „Vossischen Zeitung“ wurde am 16. Februar aus Essen a. Ruhr folgendes Telegramm gesandt:

„Eine Konferenz der Rechenbesitzer beschloß, in Anbetracht dessen, daß viele Bergleute unverzüglich in Noth gerathen seien und ein Unterschied schwer zu machen sei, den Arbeitern entgegenzukommen. Wo die bestimmten Kontraktbruchschichten einbehalten wurden, erhalten die Bergleute dieses Geld in den nächsten Tagen zurück. Ferner sind von den einzelnen Gewerken große Summen ausgeworfen worden, um Unterstützungen und Vorkasse zu zahlen, wenn entsprechende Anträge gestellt werden. Aufschläge an den sechs Stinneszechen im Essener Revier betrafen, daß je nach der Stärke der Belegschaft 7500 bis 15 000 Mark ausgeworfen worden sind.“

In der deutschen Bergwerkszeitung wird das ablehnende Verhalten des Bergbauischen Vereins während des Streiks zu rechtfertigen versucht. Die Grubenherren hätten nur auf Grund ihrer gewissenhaften Ueberzeugung gehandelt, daß sie durch ihre Stellungnahme den ihnen anvertrauten Interessen des Landes, des gemeinen Wohles, wie auch den Interessen der Arbeiter gerecht geworden seien.

Es war ihr Gewissen, ihr Pflichtgefühl, kurz ihre ehrliche Ueberzeugung, die ihnen ihre Stellung anwies und wer sich heute noch ein-

mal die Situation vergegenwärtigt, wer sich erinnert, wer und was alles gegen sie stand, wer und was alles gegen sie anführte, wer und was alles ihnen in den Rücken fiel und sie im Stiche ließ, der wird zu der Erkenntnis kommen müssen, daß ein schlechtes Gewissen diesen gigantischen Kampf nicht hätte durchfechten können. Es giebt gewisse moralische Imponderabillien, die den Kämpfer mit schlechtem Gewissen unweigerlich erdrücken. Dieser Kampf konnte gegen dieses Meer von Ungunst, gegen dieses überwältigende Uebergewicht der öffentlichen Meinung nur gekämpft und gewonnen werden mit gutem Gewissen und ehrlicher Ueberzeugung. Diese einfache Wahrheit wird an den Tag kommen.“

Wenn das Blatt so überzeugt davon ist, daß diese einfache Wahrheit an den Tag kommen wird, dann sollte es doch nicht zögern, diese Wahrheit schon jetzt zu verkünden. Mit allgemeinen Redensarten ist hier nichts zu machen.

Der Generalrat der Bergarbeiter erläßt folgende Bekanntmachung:

„Verhandsgenossen und Freunde!!“

Jetzt, wo die Arbeit wieder aufgenommen ist, wird die Noth unter den Kameraden am größten, weil dieselben einen ganzen Monat arbeiten müssen, bevor sie Lohn bekommen. Auch wird es, das sieht jetzt schon fest, eine große Anzahl gemahregelte und entlassene Kameraden geben, für welche ebenfalls nach besten Kräften georgt werden muß. Wir bitten deshalb alle Verbandskollegen im Reich recht dringend, in ihrem Opfermuth für die Bergarbeiter nicht zu erlahmen, sondern uns in dieser schwierigen Lage auch weiterhin helfend beizuspringen.

Einer für Alle und Alle für Einen!!!“

Unser Verbandskassirer Rud. Klein, Berlin NO. 55, ist nach wie vor bereit, die Sammelgelder in Empfang zu nehmen.

Eine neue Zeche gegen den arbeiterfreundlichen Kurator der Bonner Universität Dr. v. Rottenburg. Dr. v. Rottenburg war früher Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern und Chef der Reichskanzlei. Wiederholt hat Ergellenz v. Rottenburg im arbeiterfreundlichen Sinne öffentlich Stellung genommen und dies hat er auch jetzt wieder gethan, indem er einen Aufruf zu Gunsten der Bergarbeiter unterschrieb. Daraus will man ihm einen Strich drehen. Der Aufruf erschien in drei Bonner Zeitungen und hat folgenden Wortlaut:

Aufruf.

Der Streik im Ruhrgebiet hat die dortige Arbeiterbevölkerung in eine schwierige wirtschaftliche Lage gebracht. Schon heute herrscht in derselben ein Nothstand, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß derselbe sich alsbald verschärfen werde.

Wir betrachten es als eine Pflicht der Nächstenliebe, daß den Nothleidenden Hilfe gebracht werde, und richten daher an die Bevöllerung Bonns die Bitte, sich an diesem Liebeswerk zu betheiligen.

Zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die von den Arbeitern erhobenen Forderungen berechtigt seien, liegt uns fern. Außer Zweifel jedoch steht für uns die Thatfache, daß die Arbeitgeber durch ihr einer stichhaltigen Begründung entbehrendes Verhalten gegenüber den Vermittlungsversuchen der Regierung in erster Reihe die Verantwortung für die Verlängerung des Streiks übernommen haben, und in Anbetracht dessen darf für uns die Erwägung nicht ins Gewicht fallen, daß auch eine Einberdung der Noth der Arbeiter dazu dienen könnte, die Beendigung des Streiks zu verzögern.

Die Reaktionen der „Deutschen Reichs-Zeitung“, der „Bonner Zeitung“ und des „General-Anzeigers“ sind zur Empfangnahme von Spenden bereit.

Bonn, 6. Februar 1905.

- Bergbohm, Professor. Diegel, Professor. Ebbinghaus, Erdmann, Professor. Esser, Professor. Heimberger, Professor. Kayser, Professor. A König, Professor. Eismann, Professor. Köschle, Professor. Reinhold, Professor. v. Rottenburg, Universitäts-Kurator. Sackse, Professor. Schumacher, Professor. Sell, Professor. Schürs, Professor. jetziger Rektor. Stutz, Professor. Tittelmann, Professor. Born, Professor.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat der konservative Abgeordnete Freiherr v. Erffa den Kultusminister gefragt, ob die Unterzeichnung dieses Aufrufs zu Gunsten der streikenden Bergarbeiter mit dem Amte verträglich sei, das Dr. v. Rottenburg als Kurator der Universität Bonn bekleide. Wie Freiherr v. Erffa, so hat auch der zweite konservative Abgeordnete Herr v. Arnim die gestellte Frage verneint, während der Centrumsabgeordnete v. Savigny und der freisinnige Abgeordnete Eckhoff die Angriffe auf v. Rottenburg entschieden zurückwiesen. Der Kultusminister Dr. Studt scheint aber in das Horn der Konservativen blasen zu wollen, denn er erklärte, daß gegen Herrn v. Rottenburg eine Untersuchung eingeleitet sei, von welcher es abhängig, ob ein Disziplinarverfahren gegen den Kurator eingeleitet werden solle. Die Untersuchung solle feststellen, ob der Aufruf noch während des Streiks erlassen worden ist und ob derselbe den Streik selbst billige. Da der Aufruf am 6. Februar erschien, so ist er in der That noch während des Streiks veröffentlicht worden. Mit einem Disziplinarverfahren könnte sich die Staatsregierung aber nur lächerlich machen. Haben doch auch zwei Bischöfe den streikenden Bergarbeitern reiche Gaben gespendet. Fällt Herr Dr. Studt ein Verfahren gegen Herrn v. Rottenburg für angängig, warum dann nicht auch gegen die Bischöfe? Oder traut er sich an diese nicht heran? Ganz mit Recht sagt die Bonner Zeitung:

Der jüngste Student fordert mit vollem Recht, seine abweichende Meinung auch der Regierung vor aller Oeffentlichkeit bekennen zu dürfen.



heute schon freiwillig für eine hauswirtschaftliche Ausbildung ihrer Arbeiterinnen sorgen.

Wir Gewerkevereiner waren aber noch nie der Meinung und werden es hoffentlich auch niemals sein, den Staat für allmächtig halten zu können. Gar viel noch bleibt uns zu thun übrig aus eigener Kraft.

Und da giebt es vollauf zu thun. Die Löhne der Arbeiterinnen sind meist so niedrig, daß sie nicht ausreichen zu einer selbstständigen Existenz. Wo aber die Arbeiterin auf ihren Verdienst allein angewiesen ist, da herrschen meist bittere Noth und Elend. Daher muß es eine Hauptaufgabe des Gewerkevereins sein, bessernd einzuwirken auf die Lohnverhältnisse. Der Gewerkeverein kann dies aber nur dann erfolgreich thun, wenn die Arbeiterinnen, Gehilfinnen u. s. w. in großer Zahl praktisch mitwirken durch den Eintritt in die Organisation und reger Theilnahme an ihren Aufgaben.

Wir erfüllen eine patriotische Pflicht, wenn wir mithelfen, solchen Zuständen ein Ende zu bereiten. Wir dienen dem Volke und dem Vaterlande, wenn wir muthig eintreten für die berechtigten Interessen der arbeitenden Frauen und ihre Würde und ihr Wohl zu steigern uns bemühen, weil wir damit die sittlichen, geistigen und materiellen Kräfte der Nation zu höherer Entfaltung bringen helfen.

**Zur freien Arbeiterpresse!**

Was lange währt wird gut, sagt ein altes Sprichwort. Wenn das auf unser täglich erscheinendes Organ Anwendung finden soll, so wird dasselbe gewiß gut werden. Die Probenummer ist schon längst erschienen. Jedoch ist bis heute noch nicht abzusehen, wann der Tag des regelmäßigen Erscheinens heranbricht.

Wir müssen uns eine Zeitung schaffen. Betreffs Ihrer Ausgestaltung und Vervollkommnung liegt es nur an uns, mit Wünschen an Verband und Redaktion heranzutreten. Je mehr Abonnements kommen, je besser wird sich das Blatt gestalten lassen.

Wie lange sollen wir von unseren Gegnern uns vorwerfen lassen, daß wir bei über 100000 Mitgliedern nicht in der Lage seien, ein täglich erscheinendes Gewerkevereinsorgan zu schaffen zu können. Wenn man zusehen muß, wie von unseren Kollegen manchmal das schwerverdienende Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, da tritt dann der Wunsch um so lebhafter vor, daß doch für unsere Gewerkevereinsorganisation etwas mehr Opferthum betätigt werden möchte.

Nicht soll es meine Aufgabe sein, über die Nothwendigkeit des täglich erscheinenden Gewerkevereinsorgans zu schreiben. Das haben

Andere schon längst vor mir gethan. Aber unterlassen möchte ich nicht, auf den Artikel in Nr. 51 von Wllh. Gleichauf: „Der Vorwärts“ ein oller ehrlicher Seemann“ aufmerksam zu machen. Hätten wir ein täglich erscheinendes Organ, so könnten auf die Dauer die Gegner mit solch einseitiger, trauriger Berichterstattung nicht unter die deutsche Arbeiterschaft treten. Hier die Lücke auszufüllen, unsre Genossen von Tag zu Tag über Alles zu unterrichten, die Arbeit unserer Anhänger im Interesse des Volkswohls in Stadtvertretung und Parlament bekannter zu machen, die Genossen von Tag zu Tag in FieB und Abwehr zu stärken, das meine ich, ist auch ein Stück „Agitation“, das nur die „Tagespresse“ leisten kann.

Möge darum im neuen Jahre sich der Wunsch erfüllen, eine täglich erscheinende Gewerkevereinszeitung bald ins Leben treten zu sehen.

Mit genossenschaftlichem Gruß  
Carl Eibel, jetzt Altenburg bei Raumburg a. S.

**Beschluß der Gesellschaft für Soziale Reform zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier.**

I. In Erwägung, daß trotz der Bereitwilligkeit der Vertreter der Bergleute zu Verhandlungen mit den Besenbesitzern über die Beseitigung der von ihnen hervorgehobenen Mißstände, trotz der angebotenen Vermittlung der königlichen Behörden, die Führer des Bergbaulichen Vereins jede Verhandlung vor Wiederaufnahme der Arbeit seitens der unabhängigen Belegschaften abgelehnt haben,

in Erwägung, daß, wenn auch die Verletzung des formalen Rechts durch Nicht-einhaltung der Kündigungsfrist nicht zu billigen ist, die Berechtigung dieses Vorbehalts nicht anerkannt werden kann gegenüber der ungeheuren Wichtigkeit der Beilegung des Ausstandes und gegenüber den vielfachen Umständen, die mit Recht angeführt worden sind als zu einer milderen Beurtheilung der Verletzung des formalen Rechts führend,

in Erwägung endlich, daß die in §§ 62ff. des Gewerbevertragsgesetzes enthaltenen Bestimmungen, insbesondere auch die in § 65 I. c. dem Vorsitzenden des Berg-Gewerbevertrags gegebenen Befugniß, auf die Anrufung des Einigungsamts hinzuwirken und dieselbe den Beteiligten nahelegen, sich zur Verbeilegung von Verhandlungen zwecks Beilegung der entstandenen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als unzulänglich erwiesen haben, richtet die Gesellschaft für Soziale Reform an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, sobald als möglich im Wege der Reichsgesetzgebung Mittel und Wege zu schaffen, um die Parteien vor Ausbruch eines Ausstandes oder Verhängung einer Aussperrung und im Verlauf derselben zu nöthigen, vor dem Einigungsamt nicht nur zu erscheinen, sondern auch zu verhandeln.

II. In Erwägung, daß nur eine kraftvolle und umfassende Organisation die Vertretung der Arbeiterinteressen mit Ueberlegung und Erfolg in die Hand nehmen kann und zugleich allein Bürgschaft bietet gegen übereilte Ausstände und Niederlegung der Arbeit ohne Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist, sowie für den sachlichen Abschluß und die Einhaltung von Tarifverträgen, die als das wirksamste Mittel zur Wahrung des Friedens im Arbeitsverhältniß anzusehen sind,

in fernerer Erwägung, daß die Behauptung, die Organisationen der Bergarbeiter hätten im Ruhrgebiet vollständig versagt, nicht als zutreffend anerkannt werden kann, da die bisher festgehaltene Ordnung und ruhige Haltung der Arbeiter, sowie die sofortige Aufstellung bestimmter und klarer Forderungen lediglih den Organisationen zu danken ist, deren Fehlen im Jahre 1889 das Gegentheil hervorgerufen hat,

in Erwägung endlich, daß die Vertreter der Besen an dem Standpunkt festhalten, daß „Vereinbarungen auf Grund der Bestimmungen der Arbeitsordnung nur Sache der einzelnen Besenverwaltung und des einzelnen Arbeiters sind“, daß sie überhaupt der Bildung von Arbeiterorganisationen entgegengetreten mit der Begründung, daß „die Gewerkevereine bei dem Mangel wirklich positiver Ziele statt das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verbessern, dieses weiter zu vergiften suchen werden“, richtet die Gesellschaft für Soziale Reform an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, sobald als möglich durch die Gesetzgebung des Reichs die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche der Ausbildung und der Wirksamkeit der Arbeiter-Berufsvereine im Wege stehen, und dabei Bestimmungen vorzusehen, welche die Arbeitgeber veranlassen, mit den Arbeiter-Berufsvereinen als Vertretern der in ihnen organisierten Arbeiter zu verhandeln.

III. In Erwägung, daß es nicht nur im Interesse der Parteien, sondern auch im Interesse der Volkswohlfahrt und des Vaterlandes dringend erwünscht ist, dem Ausstand sobald als möglich ein Ende zu machen,

Das war unsere Richtschnur, und das soll sie für immer bleiben. In der 1. Ausschussung am 10. Januar wurde besonders die Konstituierung des engeren Ausschusses vorgenommen, wobei der 1. Vorsitz in die Hände des Genossen Wiltz, vom Lehn-Gesetz überging. Die weiteren 8 Ausschussungen wurden je nach Bedarf und besonders zur Festsetzung der Tagesordnung für die jeweils bevorstehenden Versammlungen abgehalten.

Die 1. Versammlung wurde am 14. Februar im Lokal H. Striewisch, Altenhagenstraße, abgehalten, und wurden umfangreiche Protokolle und Mittelstellungen sowie die Rechnungslegung des 2. Halbjahrs 1903 der Versammlung zur Kenntnis gebracht. Die 2. Versammlung wurde am 15. Mai bei Hennemann in Böhlerstraße abgehalten. Vortrag hielt der Verlegerungsinspektor Herr J. Buschmann, Mitglied des D.-B. der Kaufleute: Staats- oder Selbsthilfe? Dieser Vortrag wurde von der gut besuchten Versammlung mit alletlichem Dank aufgenommen.

Die 3. Versammlung fand am 12. Juni im Verbandslokal, Frankfurterstr. 68, statt, und kamen dort besonders die wegen Zeitmangels zurückgebliebenen Punkte der vorhergegangenen Versammlung zur Verhandlung. Der D.-B. Vorhalle trat dem Ortsverband bei.

Verbandtagsabgeordneter Lambert erstattete Bericht über den in der Pfingstwoche zu Hannover stattgefundenen Verbandstag.

Die 4. Versammlung tagte am 25. September in Vorhalle und referierte hier der Herr Gewerbetreibende Klausen-Hagen über: Die Pflichten und Rechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gleichfalls erfolgte die Rechnungslegung für das 1. Halbjahr und über das Ortsverbandsjahr.

Es wurde beschlossen, eine allgemeine Vorstands-Konferenz in Kürze einzuberufen. Diese hat am 23. Oktober im Verbandslokal stattgefunden, wo die Genossen Reichelt und Wiegner wirkungsvoll referierten.

Die 5. Versammlung fand am 11. Dezember bei Strohmeyer-Hagen statt, welche die neue starbstehtige Tagesordnung verhandelte. Auch erfolgte die Rechnungslegung über das am 27. November in der Tonhalle stattgefundene Bild.

Am 28. Juni wurde zur Gründung eines Sängerkorps aus der Mitgliedschaft um 28 Ortsverbände geschritten. Unter Leitung seines Dirigenten, Herrn Lehrer Peters, konnte er bei dem obenangeführten Winterfest zuerst öffentlich auftreten.

Durch die Bemühungen unseres Vorsitzenden B. vom Lehn und des Rebalteurs Herrn E. Hartenfelds ist es gelungen, einen Kursus für Stenographie (System Koller) in die Bahn zu leiten. Ein Verein für Stenographie ist aus diesen Kursusbesuchern entstanden und sollen im neuen Jahr bei genügender Beteiligung zwei Kurse stattfinden, wobei jeder Teilnehmer bei der Anmeldung wählen kann, ob er Sonn- oder Werktags an dem Unterricht teilnehmen will.

Im Berichtsjahre haben sich nur 12 Genossen unsere Verpflegungseinrichtung zu Ruhe gemacht, wogegen in den Vorjahren oft dreimal so viel. Unser Arbeitsnachweis konnte verschiedenen Genossen Arbeitsstellen nachweisen. Meldungen der Fabrikanten erfolgten nicht. Die meisten Anmeldungen erfolgen beim städtischen Arbeitsnachweis, welcher auch von unserer Seite benutzt worden ist.

Unter Ortsverband zählt jetzt nach dem Wiedereintritt des Ortsvereins der R. und M. Hagen III, 22 Ortsvereine mit etwa über 1000 Mitgliedern. Und nun am Schluss dieses Berichtes angelangt, möchte ich den Wunsch aussprechen, daß im neuen Jahre die noch leider so häufig sich zeigende Gleichgültigkeit ganz verschwinde und eine wahre Begeisterung für die Gewervereinsideen bei allen Genossen Platz finden möge. Mögen alle Genossen richtige Agitatoren werden, damit am Schluss des neuen Jahres jeder D.-B. einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Alle Genossen bitte ich um recht regen Veranlassungsbesuch, damit es meinem Nachfolger gelingt, im neuen Geschäftsjahre ein günstiges Resultat zu verzeichnen. Auch die Abhaltung und den regen Besuch von Bezirksversammlungen kann ich nur bestens empfehlen.

Carl Reichelt, Sekretär.

# Verbands-Zeitung.

Verband der Deutschen Gewervereine (Eisch-Danker). 5. Sammelliste

für die freilebenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgegrenzte Arbeiter.

- Bildhauer:** Striegau 10,80, Potsdam 3,00, Brauerei-Verein: Dessau 23,10, Hamburg Brauereiverein 1889 186,75, Eigarren- und Tabakarbeiter: Finsterwalde 9,75, Dilsberg 4,00, St. Ilgen 5,20, Stettin 4,00, Hohenheim 15,00, Deutsche Frauen: Albersleben 7,00, Fürth 6,50, Berlin I 11,55, Fabrik- und Handarbeiter: Spandau 10,85, Baurer 7,00, Döbernhau 5,00, Schwabmünden 11,50, Ensen 18,40, Nadeberg 22,50, Conradswaldbau 8,40, Pirna 81,65, Weisenfels 9,00, Drachwitz 2,50, Kropkau 9,25, Holzweißig 3,00, Frankau 4,00, Berlin I 1,50, Graphiker: Annaburg 9,00, Stolp 1, Pommern 3,75, Dresden 10,33, Finsterwalde 4,00, Elberfeld 20,00, Reize 2,25, Stettin 8,00, Baugen 6,50, Danzig 6,80, Selsenkirchen 10,55, Kaufleute: Berlin, gef. v. E. G. Zimmermann 25,00, Keutten 11,00, Myslowitz 7,00, Berlin, gef. von Schlocher 20,25, Berlin, gef. von Renzel 5,00, Charlottenburg 10,25, Kaufmännischer Verband weiblicher Angestellter E.-B. 8,95, Breslau I 20,25, Eiegitz 16,10, Stettin III 5,00, Klempner und Metallarbeiter: Fürsthenwalde 10,00, Berlin IV 7,40, Strickberg i. Schlefen 2,00, Rammitz 8,60, Berlin VIII 6,80, Döbeln 3,68, Culau, 2,55, Moritzberg 10,00, Kreditoren: Berlin I 8,15, Eiegitz 3,00, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Berlin VIII gef. von Herweg 6,90, Berlin I, Eiste 2340, gef. von Kuhlmann 8,85, desgl. Eiste 57, 22,90, Berlin I, Eiste 58, gef. von Angermann 6,85, gef. in der Hauptwerkstatt der Großen Berliner 32,25, Annweiler 4,10, Berlin IV 38,00, Bernburg 8,50, Kassel 18,50, Eichrodt-Burtha 2,80, Erge 24,80, Forst 12,40, Friedrichshütte 6,80, Hagen-Gesetz 10,00, Pöhlitzsch 11,25, Hannover, gef. in der Maschinenfabrik 6,25, Gidel 10,70, Ingolstadt 9,10, Leipzig I, gef. von Schendel 8,85, Leipzig I, gef. von Krause 7,05, Stippstadt, gef. in der Metallischen Metallindustrie 17,80, Oberörlingen 2,50, Quersart 9,58, Schladeren 18,80, Sommerfeld

7) Geldleistungen an den Verbandskassier Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/222.

- 2,00, Stahlheim 80,80, Steinwitz 12,50, Wittstock (II. Rate) 10,20, Nordenfeldmark 18,05, Dahlhausen 1,00, Lohndau 10,00, Ostheim 14,50, Greifswald 7,00, Gohesberg 10,00, Bingsl 12,05, Breslau V 19,40, Rottbus 16,50, Danzig 11,82, Dirschau 496, Ebersbach 8,40, Eßlingen 7,50, Weisweib 16,10, Gnesen 11,85, Halle a. S. I und II 28,65, Halle, gef. in der Bertram'schen Maschinenfabrik 18,85, Meissen 12,00, Noblau 18,40, Reuland-Reize 26,55, Reine (II. Rate) 70,00, Queblinburg (II. Rate) 30,00, St. Johann 16,80, Schöningen 10,00, Schweidnitz 22,35, Stolberg, Rheinprovinz 17,95, Bildau 20,00, Wittenberg 19,65, Bernath 32,70, Biskupitz 8,10, Chemnitz (II. Rate) 20,00, Krefeld I 14,50, Danzig II 10,00, Gueking 21,50, Großenbaum 6,80, Radenburg 20,00, Sauban 8,50, Weibersl I 37,62, Rowawes 38,95, Potsdam 17,50, Pulsnitz 9,40, Rawitsch 7,60, Rheinbrohl 12,00, Rombach 10,10, Rummelsburg 34,45, Siegersdorf 2,75, Weimar 15,50, Zittau 15,65, Berlin, gef. bei Siemens-Lindenhof 20,55, Kabelswert Oberpree, Abteilung Automobil-Fabrik 9,95, Vohna 3,60, Bonn 40,50, Cannstätt 10,00, Caternberg 185,85, Differdingen 67,00, Dresden I 13,50, Düsseldorf-Oberbill. 82,05, Genselsberg 10,90, Hamburg I 15,00, Hamburg II 34,75, Karlsruhe 24,60, Langenbillau 14,75, Merseburg 27,65, Mülheim III, Ruhr 25,00, München 21,24, Neckarfulm 13,00, Patschau 8,00, Warmbrunn, gef. Müller'sche Maschinenfabrik 6,75, Wachen 31,65, Wöhlen, Maschinenbauer und Klempner 41,15, Altenhagen 31,00, Tüfeldorf III 11,45, Gilpe 32,00, Fürsthenwalde 53,00, Kaiserslautern 7,40, Leopoldshall 6,10, Oberhausen I 22,40, Plettenberg 12,48, Rath 24,05, Weiel 15,30, Berlin IX 26,60, Berlin V 6,80, Saar 16,00, Dorsten 29,50, Schiffshammerer: Stettin-Bredow 8,25, Schneider: Mülheim a. Ruhr 8,78, Strickberg i. Schlefen 12,00, Queblinburg 12,50, Eiegitz 3,60, Coburg (Kunisch) 4,00, Stahlarbeiter: Suhl 6,85, Oera 2,20, Reobshüg 4,10, Münderberg 5,00, Reichenau 10,00, Forst 26,20, Harthau im Erzgeb. 9,10, Sebnitz 10,00, Schuhmacher und Lederarbeiter: Rloßghe 5,00, Rogwein 14,00, Stettin 2,00, Dessau 9,40, Reusala 2,20, Bromberg 10,50, Burg b. Magdeburg 8,05, Spanbau 4,20, Guben 5,15, Königsberg 10,00, Waldburg i. Schlefen 2,20, München 8,60, Jersb (Erie) 1,00, Tischler: Breslau II gef. bei Rudwig & Striegel 9,25, Stettin 15,85, Stolp 34,70, Wittenberg 9,80, Zeig I 20,00, Berlin VI 10,10, Altenburg 3,65, Altwasser 4,35, Braudau 5,00, Eibing, gef. bei Schichau 16,30, Leipzig-Lindenau 20,00, Spanbau 30,50, Berlin V 36,50, Erfurt 5,00, Fr. Holland 2,00, Burg 2,80, Berlin IV 30,55, Danzig 7,15, Döbeln 15,45, Halle a. S. 43,00, Strickberg i. Schlefen 9,40, Rothenburg ob der Tauber 12,81, Görlitz 23,60, Weisenfels 6,10, Sena 10,00, Rirdorf 31,05, Marienburg 4,50, Löffler: Zawodzie 5,00, Holzweißig 25,35, Jägerhof 4,50, Eiegitz 1,70, Danzig 4,60, Ortsverbände: Fürsthenwalde durch Anforderung in der Fürsthenwalder Zeitung 14,60, Augsburg 100,00, Brandenburg 27,00, Finsterwalde 5,70, Sommerfeld-Böden 8,10, Schmöln 15,00, Köln am Rhein (III. Rate) 40,00, Göttingen 25,00, Förderstet 50,00, Leipzig 10,00, Weislingen a. Steig 54,72, Eberbach 20,85, Privat: Stadter Rechtsanwält Ratgraf Berlin gef. 178,00, Verlag des Fränkischen Kurier 619,00, Verlag des Thüringer Gewervereinsboten 5,00, Gefangenen "Horant" Förderstet 7,00, am Bierstich im Verbandslokal am 12. 2. 05 gef. 7,25, Karl Kauf-Kiel 1,00, Berliner Tageblatt 10,00, F. T. Frankfurt a. Main 50,00, Direktion des Centraltheaters Unterhaltungsabend 75,00, Männerchor des Gewervereins Sena 10,00, E. Dreßler-Kahl 7,00, Th. Gallasch-Erfurt 15,00, Moritz-Berlin Eiste Nr. 116, 2,55, Summa Nr. 4918, 43, Veretis quittirt Nr. 32 222, 67, Insgesamt Nr. 37 141, 30, Berlin, 18. Februar 1905.

R. Klein, Verbandskassier. Berichtigung. Die Berichtigung in der 3. Sammelliste Ortsverband Leipzig — soll heißen Ortsverband Leipzig-West 100 Nr. In Eiste Nr. 4 soll es heißen: Rasch Halle I und II 85,70. — In Eiste Nr. 3 soll es heißen Maschinenbauer Breslau I, II. Rate 20,00 Nr.

Die in Eiste 2 und 3 unter Kammer-Bergedorf quittierten Beiträge von 9,60 Nr. und 14,00 Nr. gelten für den Ortsverein der Maschinenbauer Bergedorf.

In Sammelliste 3 statt Fabrik- und Handarbeiter Halle a. S. 15,00 Nr., muß es heißen: Krotha 6,55 Nr.

In Sammelliste 4 statt Bauhandwerker Leipzig — Eiegitz 11,80 Nr.

## \* Ortsverband der Deutschen Gewervereine in Fürth.

II. Quittung über eingesandte Unterstützungsgelder für die ausgegrenzten Kolleginnen des D.-B. der Deutschen Frauen in Fürth. Es sandten ein: Die Ortsverbände Chemnitz 4,05, Halle 5,00, Raghach (Droisgen) 1,70, Lorzlow 5,00, Cannstätt 6,00, Mannheim 6,70 (incl. 20 Fig. Porto), Altwasser 10,00. Die D.-B. der Frauen Ansbach 3,40, Neuschad-Lindau 3,00, Stuhlart. Roth bei Münderberg 4,40, Stuhlart. Erlangen 10,00, Fabrik- u. Handarb. Pierse bei Augsburg 3,50, Fabrik- und Handarb. Erlendach b. Kaiserslautern 5,00, Schuhm. u. Lederarb. Worms 5,05, Schreiner Erlangen 3,00, Eigarren- u. Tabakarb. Rohrbach b. Heidelberg 5,00, Schuhm. u. Lederarb. Biberach a. Rh. 5,00, Bauhandw. Ulm 5,00, Tischler Neu-Ulm 3,00, Tischler Rempten 6,90, Maschinenb. Mannheim II 15,00, Maschinenb. Lauterbach i. Württemberg 10,40, Böttner Nürnberg 5,00, Maschinenb. Augsburg I 3,00, Neuhausen b. Worms 3,20, Maschinenb. Ründen 5,00, Löffler Thurnau i. Bayern 3,00, Fabrik- u. Handarb. Thurnau i. Bayern 4,00, Schreiner Kaiserslautern 5,00, Maschinenb. Ulm 5,00, Tischler Lauterbach i. Württemberg 3,00, Fabrik- und Handarb. Albersleben 5,00, Tischler Nürnberg I 3,00, opt. Retalw. Rathenow 7,35, Stuhlarbeiter Selb 7,70, Summa 185,85 Nr.

Liebe Kolleginnen u. Kollegen! Für die bewiesene Opferwilligkeit Euch Allen den wärmsten Dank und Gruß. S. A.: Ernst Fröhlich, Ortsverbandskassier, Fürth in Bayern, Strickstr. 46, III.

## \* Aufruf an alle Ortsverbände und Ortsvereine in Thüringen und der Provinz Sachsen.

Nachdem mit Beschluß des letzten Delegiertentages in Apolda der Thüringer Ausbreitungsverband" sich aufgelöst hat, richten wir die ebenso herzliche wie dringende Bitte an alle Ortsverbände und Vereine Thüringens und der Provinz Sachsen mit ihrem Beitritt zum großen Mitteldeutschen Ausbreitungsverband" an dem nicht mehr länger zögern zu wollen. In den Dierstagen 1905 soll der 1. Delegiertentag dieses Verbandes zu Halle a. S. abgehalten werden. Eine wichtige, reichhaltige Tagesordnung



der erfahrene Kurator aber soll schweigen? Ahnt man denn gar nicht, welchen Eindruck ein solches Verhalten überall machen muß! Nicht nur auf die durch die Opferwilligkeit des Bürgertums (soeben einer Schwärze beraubte Sozialdemokratie, sondern im ganzen gebildeten, sozialpolitischen und freihethlichen Deutschland. Ahnt denn Erzelenz Studt nicht, daß er mit seinen Erwägungen alles das vernichtet, was Graf Bülow und Minister Müller und Graf Posadowsky in diesen Wochen des Ausstandes mühsam gezeit haben?

Der Kurator der Rheinischen Universität hat im Verein mit den ersten Gelehrten Bonn's nichts weiter gethan, als daselbe offen ausgesprochen, was die Regierung und die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes in seltenem Einklang besellte und bewegte. Wenn der Herr Kultusminister sich erst bewußt wird, wie sehr er mit seinem Disziplinarverfahren daneben gehauen hat, dann wird ihm hoffentlich nicht der Muth fehlen, den Fehlgriß wieder gut zu machen. Auf konservative Heißsporne darf er dabei allerdings nicht hören.

**Arbeiterbewegung.** Die Tarifbewegung der Fabrik-Schuhmacher in Weiskensfeld nimmt immer größeren Umfang an. Am Donnerstag, den 16. Februar, waren 829 Personen in den Streiklisten verzeichnet, am Freitag Abend 1273, am Sonnabend 2000 (800 Gewerksvereiner und 1400 Fachvereiner). Da die Kündigungszeit noch nicht bei allen Arbeitern abgelaufen ist, auch wankelmüthige Arbeiter durch Zureden der Werkmeister die Kündigung zurücknahmen, in letzter Stunde aber nochmals kündigten, vergehen noch einige Tage, bis die Gesamtzahl der Ausständigen genau festgestellt werden kann. Als die harttöppigen Grubenbesitzer im Ruhrgebiet jede Verhandlung mit den Arbeitern zurückwiesen, war alle Welt über die Proben empört. Und jetzt wiederholt sich daselbe Schauspiel bei den Despoten der Schuhbranche. Zwar machten verschiedene nichtorganisirte Fabrikanten schriftliche Zugeständnisse. Doch kommen diese für die allgemeine Bewegung nicht in Betracht, da sie zusammen nur etliche Hundert Arbeiter beschäftigen. Den Ausschlag geben die organisirten kapitalstarken Fabrikanten, dieselben Personen, die im Jahre 1897 die erste große Aussperrung in der Schuhindustrie in Szene setzten. Aber gerade bei diesen Despoten, die grundsätzlich nicht Arbeitsverträge unterschreiben, traten die Arbeiter einmüthig zuerst in den Ausstand. Dem Beispiel des Schuhfabrikanten Emil Flaßig, der, nachdem 261 Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, den Betrieb wegen „hauslicher Veränderungen“ auf 14 Tage schloß, werden wohl auch andere Fabrikanten folgen, da mit den stehenden gebildeten, nichtorganisirten jugendlichen und weiblichen Personen die Betriebe nicht aufrecht erhalten werden können.

Im Schleswig-Holsteinischen Bezirks-Verein Deutscher Ingenieure hielt am 10. Februar Professor Dr. Hasbach von der Kieler Universität einen Vortrag über die „**volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung des steigenden Zeitlohnes**“.

Der Vortragende erörterte, nach der „**Niel. Btg.**“, zunächst den Unterschied zwischen Stücklohn und Zeitlohn und ihre Verwendbarkeit bei verschiedenen Verhältnissen. Der Stücklohn ist dort am Platze, wo die Zeitbemessung für die Herstellung einer bestimmten Arbeit ökonomisch und möglich ist, vornehmlich bei der Massenproduktion; der Zeitlohn hingegen dort, wo die Zeitbemessung unmöglich ist, z. B. bei Reparaturen und Montagen, oder wo sie, wie bei sehr werthvollen Produkten, nicht in Frage kommen soll, oder da, wo die Sicherheit für die Arbeiter ein langsames Arbeiten erfordert.

Nun kann der Unternehmer wünschen, den Stücklohn einzuführen, wo die technischen Grundlagen des Stücklohnes noch fehlen, um die Produktivität zu steigern, die Produktionskosten zu senken oder die Arbeitszeit zu verkürzen. Da sind aber große Fehler in der Bemessung der Zeit, der Stücklohn- und Akkordsätze nicht zu vermeiden. Diese Schwierigkeiten überwindet man mit:

- 1. dem steigenden Stücklohn, den man auch den sinkenden Stücklohn nennen kann, und
- 2. dem steigenden Stücklohn, unter Aufstellung von Tarifen mit Elementenberechnung.

Beide Systeme wurden in Amerika vor zwanzig Jahren erfunden. Die Erfinder dieser Lohnformen (Halsey und Taylor) wurden in diese Bahnen gedrängt durch die schlechten Erfahrungen, die sie mit dem Stücklohn gemacht hatten, und durch den Widerstand der organisirten Arbeiter. Der Stücklohn hat nämlich für die Arbeitgeber den Vortheil, daß der Preis für das einzelne Stück herabgesetzt werden kann, und sie somit in der Lage sind, ihre Konkurrenten zu drücken; ferner, daß bei schnellerer Herstellung der Arbeit die Maschinen sich schneller bezahlt machen und eher abgenutzt werden, so daß an ihre Stelle neue, d. h. gewöhnlich bessere und leistungsfähigere gesetzt werden können. Für den Arbeiter dagegen liegt im Stücklohn häufig der Nachtheil, daß ihm der Konkurrenz wegen für das Stück ein mit der Zeit immer kleinerer Satz bezahlt wird, oder, was daselbe ist, er in derselben Zeit wie früher eine größere Stückzahl liefern soll. Er hat deshalb ein Interesse, schließlich an einer gewissen Grenze stehen zu bleiben und nicht über eine bestimmte Stückzahl pro Tag zu liefern. Die Trade-Unions erlauben daher nur Stücklohnsätze, die allgemeiner Anwendung fähig sind und die daher von ihnen gegen Herabsetzung geschützt werden können. Im Maschinen- und Schiffsbau sind aber wegen der zersplitterten und mannigfachen Produktionsweise generelle

Stücklohnsätze schwerer aufzustellen. In England und Amerika werden folgende drei Arten des steigenden Zeitlohnes angewendet:

- a) Es wird an den Arbeiter gezahlt der Stundenlohn und für ersparte Arbeitszeit als Zuschlag ein Theil des auf die ersparte Zeit entfallenden Stundenlohnes (Halsey).
- b) Die Produktionskosten werden festgelegt, und dem Arbeiter für etwa ersparte Zeit neben dem Stundenlohn ein Theil der ersparten Produktionskosten gezahlt (Williams und Robinson in Rugby).
- c) Die Produktionskosten werden fixirt, und es wird einer Arbeitergruppe der Stundenlohn und die ganze in Folge kürzerer Arbeitszeit eintretende Geldersparniß gezahlt (Hills, Thomas Iron Works, Blackwell, London).

Je rascher der Arbeiter schafft, um so mehr steigt der auf die Stunde entfallende Lohnsatz (daher steigender Stundenlohn) und es sinkt der auf das einzelne Stück entfallende Lohnbetrag. Bei der dritten Art verzichtet die Firma auf jeden Antheil an der Ersparniß. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich darin, daß die Vorkalkulation so genau ist, daß Verluste für die Firma nicht eintreten.

Mit diesen drei Arten des Zeitlohnsystems konkurriert das Taylor'sche System des steigenden Stücklohnes. Das Schwergewicht bei demselben liegt in der Elementenberechnung. Der Stücklohnsatz wird niedriger bemessen für mittlere Güte und mittlere Menge und steigt mit Menge und Güte, aber eine Herabsetzung des Lohnsatzes findet dafür auch niemals statt.

Vergleicht man die beiden Systeme mit einander, so kann man sagen: das Zeitlohnsystem hat für den Unternehmer so lange eine Berechtigung, als es nicht möglich ist, die Zeit für jede Arbeit genau vorher zu berechnen. Was ihm bei den englischen und amerikanischen Arbeitern so viel Anerkennung verschafft hat, ist die Sicherheit, den Minimalstundenlohn zu verdienen, und die Gewißheit, daß die Sätze nicht verändert werden. Er hat dort steigende Produktivität, sinkende Kosten, höhere Löhne und freundlichere Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter bewirkt. Ist die Zeitberechnung jedoch ohne Irrthum möglich, so braucht der Unternehmer keinen Zeitlohn mehr, sondern kommt mit dem reinen Stücklohn aus. —

An die Ausführungen des Redners schloß sich eine lange und sehr interessante Diskussion, bei welcher die Schwierigkeit der ganzen Materie betont und sowohl dem einen als auch dem anderen System eine Berechtigung zugesprochen wurde. Im Allgemeinen war man der Ansicht, daß das auf den großen Staats- und Privatwerken geübte Akkordsystem für die deutschen Verhältnisse zur Zeit noch das Beste sei.

Eine merkwürdige Methode wenden manche „Zielbewußten“ an beim Sammeln für die Bergarbeiter. Unseren Lesern ist noch in Erinnerung, wie ein halbes Duzend „Zielbewußte“ gleichzeitig in unsere Gewerkevereinsversammlung im Verbandsaufse kamen und dort auf ihren Eisten sammelten, obgleich ihnen dies ausdrücklich untersagt worden war. Ebenso merkwürdig ist ein Vorgang, über welchen uns aus Linden bei Hannover berichtet wird. In einem Lokale ging ein Verbands-genosse mit der Gewerkevereinsliste sammeln. Da kam ein „Zielbewußter“ an ihn heran, ließ sich die Liste geben, strich den darauf befindlichen Gewerkevereinsname aus, sammelte weiter und lieferte das Geld, wie er später behauptete, an den sozialdemokratischen „Volkswillen“ ab. Beteiligt waren an diesem merkwürdigen Verfahren die Zielbewußten Franke, Wilhelm und Disselmann, welche durch ihr Verhalten erkennen lassen, daß ihr Rechtsbewußtsein in eine sehr bedenkliche Verirrung gerathen ist.

Nach dem „Hann. Anz.“ haben sich fünf Bergarbeiter des Ruhrgebietes nach der Beendigung des Ausstandes mit einem Telegramm an den Kaiser gewandt:

Euer Kaiserlichen Majestät landesväterlichem Herzen nahen sich die allerunterthänigst Unterzeichneten namens der Ruhrbergleute mit der Bitte um thätkräftige Hilfe in ihrer Noth und Verzweiflung, gleichzeitig ihre unverbrüchliche Treue zum angestammten Herrscherhause betheuernd. Unsere Noth und unser Glend sind groß und diese werden sich in der allernächsten Zeit bis ins Unendliche steigern, wenn Eure Kaiserliche Majestät uns keine Hilfe bringt. Euer Kaiserlichen und königlichen Majestät aller unterthänigste

Die Folge war, daß die Essener Polizei den Leumund der Dietzsteller ermittelte, um darüber nach Berlin zu berichten.

Wir wissen nicht, wie die fünf Bergarbeiter dazu kommen, die Hilfe des Kaisers anzurufen. Die übrigen 200 000 Bergarbeiter sind in derselben Lage wie jene fünf, diese Lage ist gewiß eine sehr bedrückende, aber sie ist doch nicht so, daß sie zur Verzweiflung führen muß. Sollten diese fünf nicht für irgendwem eine bestellte Arbeit geleistet haben?

**Thätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.**  
Ortsverband Gagen i. B.

Neue Kraft muß die Gewerkevereinsbewegung aus jeder Arbeit ziehen, die sie leistet. Nicht geringer werden darf der Eifer, nein er muß mit den Anforderungen wachsen und steigen, zu immer höheren Thaten, zu immer schwierigeren Plänen. Unbeflegbar müssen wir uns gestalten, allen Anfeindungen gegenüber. Treu den alten Traditionen in den Grundfragen, schreiten wir mit der Keuzzeit fort in allen Dingen, die der Arbeiterschaft von Nutzen sein können.